

Gesellschaftlicher Widerstand: die wirtschaftlichen und politischen Streiks in Polen und im oberschlesischen Industriebezirk nach dem Zweiten Weltkrieg (1944–1970)

Social resistance: economic and political strikes in the Upper Silesian industrial district after the Second World War (1944–1970)

**prof. dr hab. Ryszard KACZMAREK
dr hab. prof. UŚ Kazimierz MIROSZEWSKI**

Abstract

Der Hintergrund von Arbeiterstreikaktionen in der polnischen kommunistischen Ära war je nach geschichtlicher Epoche unterschiedlich. In Oberschlesien war ihre Besonderheit aufgrund von hoher Konzentration der Schwerindustrie in der Region und der großen Anzahl von Arbeitern wesentlich intensiver. Polnische Historiographie seit dem Jahre 1945 ist eher dazu geneigt, die jeweiligen Streikaktionen fast ausschließlich als Bestandteile des sozialen Widerstands gegen die Mächte zu betrachten. Dabei wird oftmals übersehen, dass sozialer Widerstand ein breiteres Phänomen darstellt. In der Regel wird es als spontaner, unorganisierter und nicht gesteuerter Protest gegen eine aufgezwungene politische und / oder ideologische Ordnung definiert, welches normalerweise mit Verteidigung traditioneller Werte verbunden ist. Streiks stellen jedoch nur einen Teil solcher Proteste dar. Darüber hinaus war nur ein Teil der Streikaktionen eigentlich von rein politischer Natur. Die Autoren des vorliegenden Artikels analysieren die Auswirkungen, die die in Polens größter Industrieregion stattfindenden Arbeiterstreiks auf die Situation in der Volksrepublik Polen (Polska Rzeczpospolita Ludowa, PRL) hatten.

In den 1940er Jahren und zu Beginn der 1950er Jahre war die oberschlesische Industrieregion (polnisch: GOP) zum Zentrum der Widerstandsbewegung. Das Jahr 1956, in dem ein besonderes System von Privilegien und Anreizen für Arbeiter in der Schwerindustrie eingeführt wurde, bedeutete das Ende sozial motivierter Streiks in Oberschlesien für fast zwei kommende Jahrzehnte, im Gegensatz dazu, was sich damals in anderen Teilen Polens abspielte. Das System wird heutzutage allgemein mit der Persönlichkeit von Edward Gierek, des ersten Sekretärs der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, identifiziert. Das von Gierek eingeführte System kann mit ungarischem Kadarismus oder dem von Erich Honecker entworfenen DDR-Modell verglichen werden, das sich bis in die 1980er Jahre als wirksam

38	ARTICLES Ryszard KACZMAREK Kazimierz MIROSZEWSKI	Gesellschaftlicher Widerstand: die wirtschaftlichen und politischen Streiks in Polen und im oberschlesischen Industriebezirk nach dem Zweiten Weltkrieg (1944–1970)
-----------	---	--

erwies. Giereks Herrschaftsmodell in Oberschlesien unterschied sich von den in anderen Teilen Polens geltenden Regierungsstrategien, in denen es aufgrund von Mangel an Finanzmitteln und politischer Willenskraft nicht möglich war, einen „Wohlfahrtsstaat“ aufzubauen. Es waren also erst die Ereignisse von 1980 an der polnischen Küste, die die Arbeiterstreiks in Oberschlesien mit seinen Kohlengruben und Eisenhütten wieder auslösten und sich rasch in die meisten Industrieanlagen in der Region ausbreiteten. In Anbetracht der Bedeutung, die der oberschlesische Industrieregion für ganz Polen hatte, wäre der Erfolg der Solidarität von 1980 ohne die oberschlesischen Streikaktionen nicht möglich gewesen.

Schlüsselwörter

Oberschlesien, Streik, sozialer Widerstand, Volksrepublik Polen, Edward Gierek

Abstract

The backgrounds of workers strikes in the Polish communist era varied, depending on which historical period they were taking place in. In Upper Silesia, their specificity was additionally more acute due the heavy industry concentration in the region and vast numbers of workers. In Polish historiography of the post-1945 era it has become quite common to treat the strikes almost solely as elements of social resistance against the powers that be. What has frequently been overlooked is that social resistance is a broader phenomenon, as a rule defined as any spontaneous, unorganized and unguided protest against an imposed political and/or ideological order, usually bound up with defence of traditional values. Strikes constitute but one part of such protests; what is more, only a segment of them was of a political nature. The authors of the present article analyse the impact that workers strikes which had occurred in Poland's largest industrial region exerted on the situation of the Polish People's Republic (PRL).

During the 1940s and at the beginning of the 1950s the Upper Silesian industrial region (Polish: GOP) was the centre of the resistance movement. The year 1956, when a special system of privileges and incentives was put forth for workers in the heavy industry sector, marked the end of social strikes in Upper Silesia for nearly two decades, in contrast to what was happening at the time in other parts of Poland. The system is now popularly identified with the figure of Edward Gierek, who was the first secretary of the Polish United Workers' Party. Gierek's system can be compared to the Hungarian Kadarism or the GDR model proposed by Erich Honecker which proved quite effective up until the 1980s. Gierek's model of rule in Upper Silesia differed from governmental strategies in force in other parts of Poland, where due to both a lack of financial means and political willpower it was not possible to build a veritable 'welfare state'. It was only the 1980 events on the Polish coast that ignited the workers strikes in Upper Silesia and its coal mines and ironworks, quickly spreading to most of industrial plants in the region. Considering the significance of the Upper Silesian industrial region for the whole of Poland, without these Silesian strikes the 1980 success of Solidarity would not have been possible.

Keywords

Upper Silesia, strike, social resistance, Polish People's Republic, Edward Gierek

Gesellschaftlicher Widerstand – Opposition – Streiks

In der polnischen Geschichtswissenschaft wurde angenommen, die Streiks in der neuesten Geschichte Polens seit 1945 seien fast ausschließlich als Element des gesellschaftlichen Widerstands gegen das Machtsystem zu betrachten. Es muss jedoch betont werden, dass der Begriff des gesellschaftlichen Widerstands eine breitere Bedeutung hat und gewöhnlich als jener Protest definiert wird, der als „spontaner, unorganisierter und nicht geleiteter Widerstand gegen eine aufgezwungene politische, ideologische Ordnung, oft [in Verbindung mit der] Verteidigung der traditionellen Werte“¹ auftritt. Streik ist aber nur eine der Formen von Widerstand dieser Art. Zu nennen sind ebenfalls Straßenunruhen, Demonstrationen (z.B. Studenten- oder Schülerproteste) – religiöse Ausschreitungen, illegale Versammlungen, usw.²

Die Streiks in Polen in den Jahren 1944–1980 nahmen, auch wenn ihr Ursprung in der ökonomischen Situation begründet lag, sehr schnell die Form des politischen Streiks an. Neben den Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhung, die sich teilweise auch auf die Verbesserung der insuffizienten Wirtschaft bezogen, wurden die ForderungenzupolitischenPostulaten(Forderung der Absetzung konkreter Parteifunktionäre von den von Ihnen bekleideten Partei-, Wirtschafts- und Verwaltungsposten; Forderung der Aktivitätsverbesserung von Betriebsparteiorganisationseinheiten der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) und später der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), oder der Betriebszellen der Gewerkschaften).

Nur ein Teil der Streiks in der Volksrepublik Polen wandelte sich von ökonomischen zu politischen Streiks und die ökonomischen Streiks in den Jahren 1945–1947, 1956, 1970, 1976 und 1980 führten zu den großen gesellschaftlich-politischen Krisen, die letztendlich zum Untergang des kommunistischen Systems in Polen beitrugen.

Tabelle 1 Die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Krisen in Polen und ihre ökonomischen Gründe (1945–1980)

Zeitraum	Ökonomische Gründen der Streiks	Krise	Folgen der Krise
1944–1947	Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung nach dem Zweiten Weltkrieg	Bürgerkrieg, Kampf gegen legale und illegale Opposition	Abstimmung im Jahr 1946, Wahl des gesetzgebenden Sejms im Jahr 1947, Gestaltung des stalinistischen Systems mit B. Bierut an der Spitze
1956	Sinken der Reallöhne der Arbeiter, Lebensmittelknappheit	„Oktober 1956“	Ablehnung des stalinistischen Wirtschaftsmodells, Gestaltung des polnischen Wirtschaftsmodells durch W. Gomułka
1970	Sinken der Reallöhne der Arbeiter, begrenzter Preisanstieg	„Krise im Jahr 1970“	Versuch der Modernisierung der Planwirtschaft unter E. Gierek

1 PACZKOWSKI, Andrzej: *Strajki, bunty, manifestacje jako „polska droga“ przez socjalizm*, Poznań 2003, 10.

2 Ebenda, 20–21.

Zeitraum	Ökonomische Gründe der Streiks	Krise	Folgen der Krise
1976	Steigendes Außenhandelsdefizit, Anstieg der Lebensmittelpreise	„Krise in Jahr 1976“	Zusammenbruch der Planwirtschaft, größere Bedeutung des Sicherheitsdienstes, illegale politische Opposition
1980	Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung, akuter Mangel an Konsumgütern	„Streiks an der Küste“	Zusammenbruch der kommunistischen Macht; entstehen des unabhängigen selbstverwalteten Gewerkschaftsbunds „Solidarität“

Quelle: auf der Grundlage eigener Feststellungen

Bedeutung des oberschlesischen Industriebezirks für die Wirtschaft der Volksrepublik Polen

Aus der Sicht der kommunistischen Machthaber in Polen war die Gefahr der ökonomischen Streiks in verschiedenen Wirtschaftsbezirken kaum miteinander vergleichbar. Das Oberschlesische Industriegebiet (OIG) war bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ein Schlüsselement der polnischen Wirtschaft. Aus diesem Grund stellten die ökonomischen Streiks in der Region für das ganze kommunistische System eine enorme Bedrohung dar.

Um die Bedeutung des OIGs (der Begriff bezieht sich auf die Woiwodschaft Schlesien in den Jahren 1922–1939, 1945–1950 und nach dem Jahr 1999 sowie die Woiwodschaft Katowice in den Jahren 1950–1999) für die Wirtschaft zu zeigen, reichen einige die grundlegenden Daten aus: Bereits im Jahr 1945 wurden in der Woiwodschaft Schlesien circa 50% der polnischen Arbeiter beschäftigt. Am Verhältnis von Industriebeschäftigten auf 1.000 Einwohner wird die Vorreiterrolle des OIGs besonders deutlich, da diese zwei bis drei Mal höher liegt als in anderen Regionen Polens (Tabelle 2).

Tabelle 2 Anzahl der in Industriebeschäftigten pro 1.000 Einwohner in der Woiwodschaft Schlesien und der Woiwodschaft Katowice 1931–1956

Jahr	Woiwodschaft Schlesien / Katowice	Polen	Woiwodschaft Warschau / Masowien	Woiwodschaft Polesien / Lublin
1931	>100	<20	<30	>10
1956	>240	<80	<60	<30

Quelle: auf der Grundlage eigener Feststellungen

Selbstverständlich zeugen auch andere Angaben, vor allem in den Bereichen der Schwerindustrie und Energetik, von der Dominanz der oberschlesischen Industrie (Tabelle 3).

Tabelle 3 Industrieproduktion ausgewählter Branchen in der Woiwodschaft Katowice und anderen Regionen Polens im Jahre 1970

Industrieproduktion	Anteil der Woiwodschaft Katowice
Industrieproduktion (gesamt)	19,6% der polnischen Gesamtproduktion
Steinkohle	140 Mio. Tonnen (89% des gesamten Abbaus)

Industrieproduktion	Anteil der Woiwodschaft Katowice
Stal, Roheisen, gewalzte Waren	42–46% der polnischen Gesamtproduktion
Stickstoffdüngemittel	61% der polnischen Gesamtproduktion

Quelle: auf der Grundlage eigener Feststellungen

Durch die Reform 1975, die das OIG auf die zwei östlich gelegenen Industriereviere des Dombrauer Kohlebeckens und des Industriereviere Jaworzno-Krenau begrenzte, stiegen die Konzentrationsfaktoren der Produktion noch weiter an (Tabelle 4).

Tabelle 4 Nationaleinkommen und Industrieproduktion ausgewählter Branchen in der Woiwodschaft Katowice in den Jahren 1975 und 1990³

Nationaleinkommen / Industrieproduktion	% des Einkommens / der Industrieproduktion das in der Woiwodschaft Katowice im Jahre 1975 erwirtschaftet wurde	% des Einkommens / der Industrieproduktion das in der Woiwodschaft Katowice im Jahre 1989 erwirtschaftet wurde
Nationaleinkommen	25%	–
Elektrische Energie	27,5%	23,3%
Kohleabbau	98%	97,6%
Zink- und Bleiabbau	100%	100%
Roheisenproduktion	37%	56,6%
Pkw Produktion	58,7%	48,7%
Koksproduktion	–	39,6%

Quelle: auf der Grundlage eigener Feststellungen

Im Jahr 1989 befanden sich in der Woiwodschaft Katowice 65 Steinkohlegruben, 13 Elektrizitätswerke und 19 Eisenhütten. Zudem waren auf dem Gebiet 255 Bauunternehmen, 82 landwirtschaftliche Unternehmen und fast 35 Tsd. kleiner Handwerkerbetriebe tätig. Auch in Bezug auf die Demographie spielte die Region eine dominierende Rolle. Die Woiwodschaft Schlesien/Katowice kennzeichnete nach dem Zweiten Weltkrieg (wie auch davor) ein hohes absolutes Bevölkerungswachstum. Die Zahl der Einwohner stieg in den Jahren 1950–1970 von 2,7 Mio. auf 3,7 Mio., um 1989 zu fast 4 Mio. zu erreichen (was circa 260 Personen pro Quadratkilometer entspricht). 1970 lebten bereits 77% der Bevölkerung in den Städten der Woiwodschaft, was im polnischen Vergleich den höchsten Anteil an städtischer Bevölkerung darstellt. Bis zum Jahre 1990 stieg der Anteil auf 87.

1945–1949 – Die ersten Auseinandersetzungen: von ökonomischen zu politischen Streiks

Vom Anfang der Volksrepublik Polen an wurde viel Mühe darauf verwandt, die Bezeichnung Streik aus dem offiziellen Sprachgebrauch zu beseitigen und diese nur mit kapitalistischen

³ DZIUBA, Adam: Województwo katowickie w Polsce Ludowej, in: *Encyklopedia Województwa Śląskiego 1* (2014), online: http://ibrbs.pl/mediawiki/index.php/Wojew%C3%B3dztwo_katowickie_w_Polsce_Ludowej (7. 10. 2017).

Verhältnissen zu assoziieren. In der kommunistischen Propaganda wurden war stattdessen die Rede von „Arbeitsunterbrechungen“, „Ausfällen“, „Unzufriedenheitsausbrüchen“ oder „Streits“. In den Jahren 1944–1947 wurden Streiks von den Machthabern noch geduldet. Jedoch wurde versucht zu betonen, dass diese einen ausschließlich ökonomischen Grund haben. Der Umfang dieser Streiks sollte auf den lokalen Raum begrenzt werden. Die Schuld an ihnen wurde den Hoheitsträgern niedrigsten Rangs auf Seiten der Betriebsführungen – nicht auf der der Politik – angelastet.

Das Jahr 1945

Im Jahr 1945 fanden in Polen 231 Streiks statt, 40 davon wurden in Steinkohlgruben organisiert⁴ (Tabelle 5).

Tabelle 5 Streiks in den OIG-Betrieben im Jahr 1945

Monat	Streikende Industriebetriebe
April (IV)	<ul style="list-style-type: none"> • Bergwerke: „Milowice“, „Paryż“, „Janów“, „Szombierki“, „Murcki“, „Grodziec“ und „Jowisz“, Hütten: „Batory“, „Baildon“, „Milowice“ i „Kościszko“ • Schlesische Elektrizitätsbetriebe in Chorzów • Textilbetriebe in Bielsko
Juli (VII)	<ul style="list-style-type: none"> • 10 Bergwerke (Rückgang der Abbaumenge um 300 Tsd. Tonnen)
August (VIII)	<ul style="list-style-type: none"> • Bergwerke: „Bielszowice“, „Andaluzja“, „Radzionków“ • Firma „Saturn“ • Postamt in Sosnowiec
September (IX)	<ul style="list-style-type: none"> • Bergwerke: „Kazimierz“, „Michał“, „Artur“ • Eisenbahner in Sosnowiec
November (XI) / Dezember (XII)	<ul style="list-style-type: none"> Katowice, Będzin, Dąbrowa Górnicza, Sosnowiec • Eisenbahner, • Bergleute, • Postangestellte

Quelle: KAMIŃSKI, Łukasz: *Strajki robotnicze w Polsce w latach 1945–1948*, Wrocław 1999, 15–17; SPUTEK-WRÓBLEWSKA, Celina: *Strajki na Górnym Śląsku i w Zagłębiu Dąbrowskim w latach 1945–1948*, in: *Studia i Materiały z dziejów Śląska* 19, Wrocław 1991, 332–334.

Im Jahre 1945 wurden vor allem eine Lohnerhöhung und die Verbesserung der Lebensmittelversorgung gefordert. Verlangt wurden unter anderem Schuhe, Arbeitskleidung, das Ende der ungerechten Aufteilung von UNRRA-Paketen, die Verbesserung der Wohnsituation, die Ermäßigung von Bürokratie und die Absetzung unverantwortlicher Personen in politischen und wirtschaftlichen Funktionen. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern wurde zusätzlich durch die immer unbedeutender werdenden Rolle der Betriebsräte und den Machtaufstieg der Betriebsleiter und Geschäftsführer angefacht.

4 KAMIŃSKI, Łukasz: *Strajki robotnicze w Polsce w latach 1945–1948*, Wrocław 1999, 24; KANTYKA, Sławomir: *Węgiel – jedyny skarb jaki był pod ręką. Zarys problemów społecznych, gospodarczych i politycznych górnictwa węgla kamiennego w Polsce (1945–1957)*, Opole 2013, 286–287.

Am häufigsten brachen die Streiks spontan und schwungvoll aus. Sie dauerten von wenigen Minuten bis zu mehreren Stunden, während derer die Streikenden Forderungen postuliert. Darunter Forderungen nach Versorgungsverbesserung (Bedarfslebensmittel: Brot, Mehl, Zucker, Fleisch, Fettwaren), Lohnerhöhung, Normalisierung der Lohnstaffelung und nach der Auszahlung ausstehender Gehälter. Die Arbeiter der Bankowa Hütte forderten zum Beispiel die Erarbeitung von neuer Tageslohnsätze und neuen Kategorien in der Lohnstaffelung. Die Streiks wurden, nachdem die Behörden die Realisierung der Streikforderungen versichert hatten, beendet. So verhielt es sich auch im Fall der Forderung nach Auflösung der Betriebskantinen zugunsten einer Aufteilung der den Kantinen zugeteilten Lebensmitteln unter den Arbeitern, was in den Bergwerken „Paryż“ und „Janów“ in Form einer Kaltverpflegung durchgeführt wurde.

Der Bewertung des Exekutivkomitee der Polnischen Arbeiterpartei in Katowice zufolge, waren die Streikengründe nicht nur durch die schwierige materiellen Situation der Arbeiter zu begründen, sondern auch der Aktivität der politischen Opposition geschuldet, die das zu schwache Interesse der PAP an die Arbeiterfrage ausnutzte.⁵ Da an der Streikorganisation auch die Mitglieder der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei teilnahmen, kam es nach Streikbeendigung zu Parteiausschlüssen.⁶

Das Jahr 1946

1946 brachte eine Verstärkung der Proteste mit sich. Hier ist bereits zu erkennen, dass Streiks nicht nur vor dem Hintergrund der schlechten ökonomischen Situation ausbrachen, obwohl die Versorgung, vor allem im Frühling und Sommer 1946 phasenweise sehr schlecht war, sondern auch vom politischen Kampf gegen die legale Opposition (Polnische Volkspartei, PSL) und von den Rivalitäten zwischen der Polnischen Arbeiterpartei (PAP) und der Polnischer Sozialistischen Partei (PPS) getragen wurden. Die Streiks galten nicht mehr als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Gesamtsituation, die gegen die unfähigen Ortsbeamten und Betriebsführer gerichtet waren, sie sind zum Ausdruck feindlicher politischer Aktivität geworden. Aus dem Ministerium für Information und Propaganda erging an alle ihm Untergeordneten Behörden am 13. September 1945 der Befehl zur „systematische[n] und sofortige[n] Mitteilung [...] aller der Behörde bekannten Vorfälle mit politischem Hintergrund, der Terrorakte, Streiks, der feindlichen Mundpropaganda“.⁷

5 SPUTEK-WRÓBLEWSKA, Celina: Strajki na Górnym Śląsku i w Zagłębiu Dąbrowskim w latach 1945–1948, in: *Studia i Materiały z dziejów Śląska* 19, Wrocław 1991, 320–350, hier 332–334; KAMIŃSKI, 15–17.

6 SPUTEK-WRÓBLEWSKA, 324–325, 331; KAMIŃSKI, 9.

7 KOCHAŃSKI, Aleksander: *Polska 1944–1991. Informator historyczny, Bd. 1: Podział administracyjny. Ważniejsze akty prawne, decyzje i enuncjacje państwowe (1944–1956)*, Warszawa 1996, 165.

Die wichtigsten Streiks im Jahre 1946 stellt Tabelle 6. dar.

Tabelle 6 Die Streiks im OIB im Jahr 1946

Monat	Streiks
Januar (I)	<ul style="list-style-type: none"> • 16 Bergwerke :erstes Bergwerk „Łągiewniki“ am 3. Januar, daraufhin unter anderem „Jan Kanty“, „Bierut“ i „Kościuszko“, „Walewska“, „Milowice“
Februar (II)	<ul style="list-style-type: none"> • Bergwerke: „Paryż“, „Saturn“ (1550 Bergleute), „Jowisz“ und „Walenty-Wawel“ • Fabriken: „Galmet“ in Sosnowiec und Polnische Betriebe der Zinkindustrie in Będzin
März (III)	<ul style="list-style-type: none"> • Bergwerke (sieben Streiks) • Klinkerfabrik „Grodków“, • Hütten: „Będzin“ (zwei Tage), „Milowice“, „Katarzyna“ Glashütte in Zawiercie • Textilfabriken in Sosnowiec und Bielsko • Fabrik „Hulczyński“ in Zawiercie.
April (IV)	<ul style="list-style-type: none"> • neun Bergwerke • Hütten: „Bankowa“, „Batory“, „Szopienice“, „Będzin“, • Papierfabriken in Myszków und Sosnowiec, • Fabriken: „Babcock-Zieleniewski“ in Sosnowiec, „Klein“ in Dąbrowa Górnicza, Leinen- und Drahtfabrik „Deichsel“ in Sosnowiec • Textilarbeiter in Bielsko.
Mai (V)	<ul style="list-style-type: none"> • fünf Bergwerke („Wirek“, „Jowisz“, „Pokój“, „Miechowice“, „Sośnica“) • Hütten: „Pokój“ und „Florian“ • Chemische Betriebe „Azoty“ w Chorzów • Textilbetriebe in Bielsko • Eisenbahner und Postangestellte aus Gliwice
Juni (VI) – September (IX)	<ul style="list-style-type: none"> • Juni: vier Streiks, • Juli – fünf Streiks, • August–September – ein Streik.
Oktober (X) – November (XI)	<ul style="list-style-type: none"> • zehn Bergwerke • Eisenbahner • Hütten: „Bankowa“, „Katarzyna“, „Sosnowiec“, „Baildon“ und „Zawiercie“ • Ziegelei in Strzemieszyce • Werkzeugmaschinenfabrik „Poręba“, Zieleniewski- Betriebe in Sosnowiec (am 16. November).
Dezember (XII)	<ul style="list-style-type: none"> • zwei Bergwerke • Hütten „Sosnowiec“ und „Batory“

Quelle: KAMIŃSKI, 28–32; SPUTEK-WRÓBLEWSKA, 335–336; MIROSZEWSKI, Kazimierz: Początki nowego systemu w Sosnowcu (1945–1948), in: *Sosnowiec. 100 lat dziejów miasta*, WALCZAK, Jan (Hg.), Sosnowiec 2002, 250; CHUMIŃSKI, Jędrzej: Strajki robotnicze w Polsce (1945–1948), in: *Studia i materiały z dziejów opozycji i oporu społecznego*, Bd. 1, KAMIŃSKI, Łukasz (Hg.), Wrocław 1998, 33.

Den tragischsten Verlauf nahmen die Streiks auf der „Kazimierz-Juliusz-Grube“ und in der „Hulczynski“ – Fabrik in Zawiercie. Die Bergwerkleute stellten nicht nur ökonomischen Forderungen („gebt uns Essen“), sondern auch politische („werden wir unsere Regierung haben, werden wir alles haben, was zum Essen und zum Anziehen“). Vor tätlichen Angriffen, angeordnet durch die Sonderbeauftragten des EK PAP in Katowice, schützte die Streikenden nur das Eingreifen der Funktionäre des Amtes für öffentliche Sicherheit.

Am 16. März nahmen in der „Hulczynski-Fabrik“ 1884 Arbeiter am Streik teil. Sie stellten 18 Forderungen: unter anderem wurden eine Lohnerhöhung, die Verbesserung der Versorgung, die Herabsetzung der Produktionsnormen, sowie die Absetzung der Betriebsführung und eine Neuwahl des Betriebsrats gefordert. Erst am 20. März wurde sich bezüglich der ökonomischen Forderungen geeinigt, die Personalfragen sollten von der Zentralverwaltung der Hüttenindustrie gelöst werden.⁸ Die Forderungen nach besserer Versorgung bezogen sich speziell auf den Mangel an Brot und Mehl. Ebenfalls wurden auch der Mangel an Arbeitskleidung [...]angedeutet.⁹ Jegliche Verhandlungsversuche wurde durch die Ausrufe wie „geh weg“, „in den Schacht mit ihm“, „wie sollen wir leben und arbeiten, wenn wir nackt und hungrig sind“ unterbrochen. Im Laufe der Arbeitsniederlegung schlossen sich den Streikenden ihre Familien an.¹⁰

Neben den Versorgungsforderungen und dem Einfordern verbesserter Arbeitsbedingungen fanden auch zahlreiche Demonstrationen gegen die Machthaber/Staatsmacht statt. Es kam zu Übergriffen auf PAP-Funktionäre, Gewerkschaftsaktivisten und auf Mitarbeiter, die zur Streikbeendigung aufriefen. Zur gleichen Zeit brach ein Teil der Streikenden ihren Protest ab. Sie befürchteten, ihr ökonomischer Streik könnte von den Machthabern als ein, von der antikommunistischen Opposition inspirierter, politisches Protest ausgelegt werden. Der Streik in der Leinen- und Drahtfabrik „Deichsel“ in Sosnowiec wurde aus diesen Überlegungen und den damit verbundenen Ängsten abgebrochen. Nach Auffassung des Vorsitzenden der Metallindustriegewerkschaft waren die „Agitatoren“ Volksparteianhänger (also Anhänger der politischen Opposition) und hätten als solche ihre demagogischen – zum damaligen Zeitpunkt nicht verwirklichbaren – Forderungen gestellt. In Folge dessen kommunizierten die Protestierenden untereinander alarmiert: „kommt zur Arbeit, denn jetzt nennen sie uns Volksparteianhänger, und später lassen sie uns festnehmen“.¹¹

1946 kam es zu Festnahmen in Betrieben, jedoch lässt sich nicht Zweifelsfrei nachweisen, ob alle diese Fälle in Verbindung mit der Streikteilnahme standen. Die Funktionäre des Amtes für öffentliche Sicherheit nahmen u.a. 50 Bergleute des Bergwerks „Milowice“, 50 Bergleute des Bergwerks „Renard“ („Sosnowiec“) und 20 Bergleute des Bergwerks „Wojkowice“ fest.¹² Die Parteifunktionäre der Polnischen Sozialistischen Partei befürchteten, dass es in dieser Zeit zu einer branchenübergreifenden Solidarisierung kommen könnte. J. Kantyka hierzu: „Dies ist kennzeichnend, da im Falle des Ausbruchs von Streiks, Arbeiter auch der gleichen

8 MIROSZEWSKI, Kazimierz: Początki nowego systemu w Sosnowcu (1945–1948), in: *Sosnowiec. 100 lat dziejów miasta*, WALCZAK, Jan (Hg.), Sosnowiec 2002, 250; KAMIŃSKI, 31–32; SPUTEK-WRÓBLEWSKA, 335–336.

9 Ebenda, 335; KANTYKA, 293–295.

10 BORTLIK-DŹWIERZYŃSKA, Monika: Ochrona przemysłu, in: *Fundament systemu zniewolenia. Z działalności wojewódzkich struktur Urzędu Bezpieczeństwa w Katowicach 1945–1956*, DZIUROK, Adam – DZIUBA, Adam (Hgg.), Katowice 2009, 342–354.

11 CHUMIŃSKI, Jędrzej: Strajki robotnicze w Polsce (1945–1948), in: *Studia i materiały z dziejów opozycji i oporu społecznego*, Bd. 1, KAMIŃSKI, Łukasz (Hg.), Wrocław 1998, 33.

12 CHUMIŃSKI, Jędrzej: *Ruch zawodowy w Polsce w warunkach kształtującego się systemu totalitarnego 1944–1956*, Wrocław 1999, 284; BORTLIK-DŹWIERZYŃSKA, 347.

46	ARTICLES Ryszard KACZMAREK Kazimierz MIROSZEWSKI	Gesellschaftlicher Widerstand: die wirtschaftlichen und politischen Streiks in Polen und im oberschlesischen Industriebezirk nach dem Zweiten Weltkrieg (1944–1970)	
----	---	--	--

Branche unterstützen und weitere Arbeiter dazu anregen, sich mit den Forderungen der Kollegen zu solidarisieren.“ Eine Solidarisierung wurde trotz der offenen Androhung von Repressionen durch das Amt für öffentliche Sicherheit (UBP) gefürchtet.¹³

In einigen Fällen wären die Proteste von Erfolg gekrönt. Die Bergleute in Dombrauer Kohlbecken beendeten ihren Streik erst dann, als der Direktor der Dombrauer Kohlindustrievereinigung und der zuständige Versorgungsleiter abgesetzt wurden. Die Forderungen der Arbeiter erhielten die Zustimmung der Führung des Exekutivkomitees der Polnischen Arbeiterpartei.¹⁴

Im Sommer sank die Anzahl der Streiks was sicherlich Folge der politischen Kampagne im Vorfeld der Volksabstimmung war. Die Versorgungslage verbesserte sich und die Anstifter eventueller Streiks befürchteten, dass die Streiks als politisch bewertet werden könnten. Die der Polnischen Arbeiterpartei gegenüber wohlwollende Presse erklärte das Abstimmungsverhalten derjenigen Arbeiter die mit „Nein“ gestimmt hatten damit, dass sie „keine Gegner der Volksmacht und der gerade vollgebrachten Veränderungen seien, [sondern sich erhofft hätten], ähnlich wie während der Streiks, ihre Unzufriedenheit mit den schweren Lebensbedingungen offen [...] zeigen zu [können]“.¹⁵

Im Oktober kam es zu einer erneuten Streikwelle. Sie nahm ihren Anfang in Tarnowskie Góry wo streikende Bahnarbeiter ihre Arbeit niederlegten und wurde von den Streiks der Bahnarbeiter im Katowicer und Dombrauer Industriegebiet unterstützt. Zehn Bergwerken wurde bestreikt. Geforderte wurde eine Lohnerhöhung (neuen Normen hatten ein Absinken des Lohns verursacht), bessere Versorgung, und im Fall des „Harcerska-Bergwerks“ wendeten die Bergmänner durch ihren Protest die Schließung der Grube ab. Die Bergleute der „General-Zawadzki-Grube“ wollten eine Delegation ins amerikanische Konsulat schicken, um eigene Forderungen darzustellen. Die Bergleute der „Renard-Grube“ drohten dahingegen mit dem Überlauf zum politischen Gegner: „so wie Renard rot war, wird er jetzt grün“.¹⁶ Sie drohten also damit, Stanisław Mikołajczyk und die Oppositionspartei (Polnische Volkspartei) in der Wahl zum Verfassungsgebenden Sejm¹⁷ zu unterstützen. Im Laufe des Streiks in der Werkzeugmaschinenfabrik hörte man Sprüche wie: „schafft schneller das schwarze Brot der Polnischen Arbeiterpartei ab“, „los an die Arbeit und nicht ans Regieren“. Sechs Arbeiter wurden festgenommen. Im „Zieleniewski-Betrieb“ wurden ebenfalls im Laufe des Streiks (16. November) politischen Forderungen gestellt. Der Streik brach der nach der Festnahme des Direktors Pietkiewicz aus. Dieser war Kandidat der Polnischen Sozialistischen Partei für die Wahl zum Verfassungsgebenden Sejm und von der „Sonderkommission für die Bekämpfung der Missbräuche und wirtschaftlicher Schäden“ festgenommen wurde. Im Dezember nahmen die Zahl der ökonomisch Motivierten Streiks

13 KANTYKA, 296; KAMIŃSKI, 42–43; SPUTEK-WRÓBLEWSKA, 338–339.

14 KAMIŃSKI, 35–36; SPUTEK-WRÓBLEWSKA, 336–338.

15 KAMIŃSKI, 45f; SPUTEK-WRÓBLEWSKA, 339.

16 CHUMIŃSKI, *Strajki...*, 27.

17 KAMIŃSKI, 56–57.

ab, da die Arbeiter zunehmend Angst vor dem Eingreifen des Amtes für Öffentliche Sicherheit und vor den sich häufenden immer häufiger vorkommenden Terrorakten hatten. Insgesamt wurde 1946 in Polen in 565 Betriebe gestreikt, darunter 64 Streiks in Bergwerken, also im Oberschlesischen Industriegebiet. Aus einem Bericht der Arbeitsaufsicht des Bezirks Katowice, der ein Gesamtbild des Streikumfangs vermittelte, geht folgendes hervor: 195 Konflikte wurden als „Konflikte ohne Streiks“ und 36 Vorkommnisse als Streiks anerkannt. Es streikten insgesamt 18.452 Arbeiter und die Anzahl der verlorenen Arbeitstage wurde auf 21.176 geschätzt.¹⁸

Das Jahr 1947

1947 war die Streikwelle erheblich kleiner. Die stattfindenden Streiks wurden vor allem vom Sinken des Reallohns verursacht (anstieg der Unterhaltskosten um 8, der Lebensmittelpreise um 4%, bei gleichzeitigem Rückgang der Löhne um 11%). Für zusätzlichen Unmut unter den Arbeitern sorgte häufige Nichteinhaltung des Lohntags und die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln (Tabelle 7).

Tabelle 7 Die Streiks im OIG im Jahr 1947

Monat	Streik
Februar (II)	ein Streik (Leisten- und Rahmenfabrik in Paczkow)
März (III)	sieben Streiks (sechs Bergwerke; Hütte „Katarzyna“)
April (IV)	drei Streiks (Hütte „Sosnowiec“, Bergwerk „Chwałowice“, „Zieleniewski-Betriebe“)
Mai (V)	fünf Streiks (Bergwerke: „Dębieńsko“, „Sosnowiec“, „Klimontów“, „Modrzejów“; Hütte „Pokój“)
Juli (VII)	vier Streiks (Zinkhütte in Będzin, Fabrik „Elbe“ in Zawiercie, Bergwerk „Modrzejów“ und Zeitungsangestellte: „Dziennik Zachodni“)
August (VIII)	fünf Streiks (Bergwerk „Kazimierz – Juliusz“, „Klimontów“, „Będzin“, Hütte „Pokój“, Fabrik „Elbe“)
September (IX)	sechs Streiks (Bergwerk „Modrzejów“, „Kazimierz – Juliusz“, Hütten in Myszków und Zawiercie, Fabrik „Unia“ in Bielsko, Glashütte in Szombierki)
Oktober (X)	zwei Streiks (Hütte „Milowice“, Ziegelei in Będzin)
November (XI)	ein Streik (Hütte „Będzin“)

Quelle: auf der Grundlage eigener Feststellungen

Im Februar 1947 streikten die Arbeiter in der Leisten- und Rahmenfabrik in Paczków was zu Solidaritätsaktionen in den benachbarten Betrieben führte. Da die Verhandlungen mit der Betriebs- und Parteiführung keine Ergebnisse ergaben, wurde der Landrat in die Verhandlungen einbezogen. Die ausstehenden Löhne wurden ausgezahlt, die lokalen Parteifunktionäre schrieben die Schuld am Streik jedoch nicht den ausstehenden Lohnzahlungen sondern der antikommunistischen Untergrundbewegung zu. Im März kam

¹⁸ Ebenda, 59–60; SPUTEK-WRÓBLEWSKA, 342.

48	ARTICLES Ryszard KACZMAREK Kazimierz MIROSZEWSKI	Gesellschaftlicher Widerstand: die wirtschaftlichen und politischen Streiks in Polen und im oberschlesischen Industriebezirk nach dem Zweiten Weltkrieg (1944–1970)
----	---	--

es zu Streiks in sechs Bergwerken¹⁹ sowie in „Katarzyna- Hütte“. In den darauffolgenden Monaten war die Streikanzahl mit vier bis fünf monatlichen Aktionen gering.²⁰

Am 6. Juni 1947 gaben das Zentralkomitee der Polnischen Arbeiterpartei und das Zentralexekutivkomitee der Polnischen Sozialistischen Partei eine Sonderanweisung in der festgehalten wurde, dass es „eine Pflicht der PSP und PAP sei [...], nicht nur entschieden und energisch gegen alle Versuche der Streikorganisation zu handeln, sondern falls festgestellt wird, dass eine Streikaktion handle, zu der reaktionäre Untergrundbewegungen angestiftet haben, diese betreffenden Personen zu ermitteln und aus dem Betrieb zu beseitigen“. Die Anweisung verpflichtete die parteilichen Instanzen zur strengen Bestrafung von Parteifunktionären, die sich in Streikaktionen beteiligten.²¹

Die Jahre 1948–1949

Die Verbesserung der Versorgungslage, des Lohnsystems und die vermittelnde Tätigkeit der Gewerkschaften sowie die verstärkte Repressionen durch den Sicherheitsapparat trugen dazu bei, dass 1948 nur 17 Streiks durchgeführt wurden. Im März wurden vier Hütten bestreikt wobei die Proteste 5 Stunden dauerten. Infolge des Aufrufes zur Arbeit seitens der PAP-Aktivisten beteiligten sich an diesem Streik nur wenige Personen. Der überwiegenden Teil der Forderungen waren die nach Lohnerhöhung und der Beachtung des festen Lohntages. Im Juni streikten die 130 Mitarbeiter der Josef-Fabrik in Bielitz. Sie protestierten gegen das neue Lohnfassungssystem, das zur Minderung des Lohns geführt hatte. Im August forderten die Arbeiter der „Zawiercie- und Pokój- Hütten“ eine Lohnerhöhung und die Hüttenarbeiter der „Bankowa-Hütte“ verlangten danach wieder Lebensmittelkarten der I. Kategorie ausgestellt zu bekommen. Auch in den Bergwerke in Grodziec und „Jowisz-Bergwerke“ wurde gestreikten. In weiteren Aktionen forderte die Arbeiterschaft des „Kazimierz–Juliusz–Bergwerks“, der „Batory- und der Pokój- Hütte“ im September Lohnerhöhungen von. Im Oktober streikten die Mitarbeiter der beiden Hütten erneut.²²

1949 waren die Arbeiter des Oberschlesischen Industriegebiets immer seltener zur Arbeitsstilllegung bereit. Die noch lebendigen Streiktraditionen unter den qualifizierten Industriearbeiter, die bereits vor dem Krieg in der Industrie beschäftigt waren und in den damaligen Gewerkschaften tätig waren, erstarb aufgrund der spürbaren Repressionen. Die große Fluktuation in der Belegschaft und die Zwangsarbeit (Zwangsarbeit von deutschen Kriegsgefangenen) ersticken kooperative Streikaktion erfolgreich bereits im Keim. In Folge dessen bedienten sich die Arbeiter des sogenannten „italienischen Streiks“, einer Spielart des Streiks, die auch vor dem Krieg Anwendung gefunden hatte und den Einbruch der Abbaumenge im Steinkohleabbau mit sich brachte. Die Begrenzung der Arbeitsproduktivität verursachte in der Tat die Verminderung

19 Bergwerke: „Wirek“, „Wieczorek“, „Kochłowice“, „Saturn“, „Czeladź“, „Grodziec“.

20 SPUTEK-WRÓBLEWSKA, 342–343; KAMIŃSKI, 63f.

21 KANTYKA, 297.

22 Ebenda, 87f.

des Steinkohleabbaus um 10% im Vergleich zum Jahr 1948. Ebenfalls konnten die damaligen Versuche eine Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen so zum platzten gebracht werden. Im Januar 1949 wurde der Obersteiger im „General-Zawadzki-Bergwerk“ von den Bergarbeitern „ausgepfiffen und geschlagen“, weil er die Arbeiter zur Sonntagsarbeit überreden wollte. Jedoch kam es zu keine weiteren großen Streikaktionen in den Betrieben. Diese werden in den 1950er Jahren in der oberschlesischen Realität wieder präsent, als die Arbeitsbedingungen geändert wurden.

Aus heutiger Sicht ist es schwierig zu beurteilen, in wie weit die Streikaktionen der 1940er Jahren einen ökonomischen, und in wie fern einen politischen Charakter hatten. Die Streikenden haben Bezug auf die damalige Realität genommen, was aber keinen Rückschluss darauf zulässt, ob sie sich gegen das kommunistische System äußerten. Sie sahen jedoch, wer für die Situation verantwortlich ist. In der schlesischen Woiwodschaft überwogen die Streiks der Bergwerk-, Hütten-, und Metallindustriearbeiter. Wie J. Chuminski betont, streikten diejenigen, die „sich von den anderen in Qualifikationen, Berufserfahrung, im Alter, in der familiären Stabilisierung und auch im politischen Schliff unterschieden hatten“. ²³ Wie C. Sputeck-Wroblewska richtig bemerkt, stellte die Parteizugehörigkeit kein Hindernis für die Streikenden dar. In Oberschlesien und im Industriegebiet haben die einfachen Industriearbeiter gestreikt und auch wenn es ihnen schwer fiel, sprachen sie ehrlich und geradlinig ihre Forderungen aus. ²⁴

Die Streiks brachen in jedem Bereich der industriellen Produktion aus, aber die „führenden Industriezweige“ waren die Textilindustrie (fast 40% der Streikaktionen) und der Kohlenbergbau in Oberschlesien (17%). Aus diesem Grund existierten damals zwei Streikzentren: Łódź (ca. 43%) und Oberschlesien (19% aller Streiks). An der dritten Stelle befand sich die Woiwodschaft Kraków (11%), die auch wegen der Verwaltungsaufteilung eng mit den Streiks im Bergbau verbunden war (ein Teil der polnischen Bergwerke befand sich in dieser Woiwodschaft). ²⁵

Laut den bis heute durchgeführten Untersuchungen, fanden in Polen vom April 1945 bis zum Ende 1948 mindestens 1.220 Streiks, also durchschnittlich eine Streikaktion pro Tag statt. Insgesamt streikten auf dem Gebiet der Woiwodschaft Schlesien in den Jahren 1945–1948 231 Betriebe, (18,94% des landesweiten Streikaufkommens), im Jahr 1945 belief sich die Zahl auf 29, 1946 lag sie bei 137, 1947 kam es zu 48 Aktionen und 1948 zu 17. ²⁶

Die Jahre 1949–1955/56: von Streiks zum individuellen Widerstand

Zum Höhepunkt des Stalinismus (1949–1955) wurden Streiks aufgrund drohender Repressionen immer seltener von den Arbeitern genutzt, um für ihre Rechte zu

23 CHUMIŃSKI, *Strajki...*, 50.

24 SPUTEK-WRÓBLEWSKA, 348.

25 PACZKOWSKI, 35–36.

26 Ebenda, 108.

50	ARTICLES Ryszard KACZMAREK Kazimierz MIROSZEWSKI	Gesellschaftlicher Widerstand: die wirtschaftlichen und politischen Streiks in Polen und im Oberschlesischen Industriebezirk nach dem Zweiten Weltkrieg (1944–1970)
----	---	--

kämpfen. Stattdessen vermehrte sich der gesellschaftliche Protest, in Form von Flugblättern und anonymen Anschriften in Betrieben. Sehr oft kritisierten diese die Arbeitsbedingungen, u.a. drückten sie ein negatives Verhältnis zum Arbeitswettkampf, der an die sowjetischen Stachanow- Bewegung anknüpfte, mit Aussagen wie diesen aus:

- „Möchtest du sorgenfrei ableben, arbeite wie Pstrowski [der bekannte Stoßarbeiter im Bergbau in Oberschlesien nach 1945 – R. K.]“
- „Wir möchten leben und nicht im Krankenhaus liegen, so wie der Pstrowski“
- „Arbeiten werden wir, aber weg mit dem Arbeitswettkampf!“

Man bemühte sich, die sogenannten Stoßarbeiter zu demütigen. Ein im Oberschlesischen Industriegebiet bekannter Vorzeigarbeiter, der Bergmann Franciszek Apyras, wurde sogar Opfer tätlicher Übergriffe. Die Täter wurden von den Funktionären des Amtes für Sicherheit festgenommen, da ihnen vorgeworfen wurde den Beschädigten während sie ihn schlugen als „sowjetischen Onkel“ oder „Kommunisten“ beschimpft zu haben.²⁷

In der Periode des sogenannten Stalinismus kam es in Polen nur zu einem Massenstreik in den Bergwerken im Oberschlesischen Industriegebiet. Dieser ereignete sich im Jahr 1951, als Reaktion auf veränderte Arbeitsbedingungen.

Schon 1950 traten die verschärften Vorschriften über Arbeitsdisziplin im Bergbau in Kraft. Für unentschuldigte Abwesenheit vom Arbeitsplatz ab vier Tagen drohte den Arbeitern Sonderschichten bei auf 75% reduziertem Lohn. Die nächste Sanktionsstufe, bei Nichterbringung der Zwangsarbeit, war eine sechsmonatige Haftstrafe.

Am folgenreichsten wirkte sich in den Oberschlesischen Bergwerken die Arbeitszeitverlängerung aus. Sie stieß auf den Widerstand der Belegschaften in Oberschlesien die die Achtung die Bergleute und deren Arbeit im 19. Jahrhundert genossen hatten noch lebhaft erinnerten. Ähnlich stellte sich die Situation im Dombrauer Kohlbecken dar, wo viele Rückwanderer tätig waren, die andere Arbeitsbedingungen gewöhnt waren. 1951 wurde die Verschärfung der Arbeitsnormen durchgesetzt: der Arbeitstag wurde um eine Stunde verlängert und es wurden besondere, verlängerte Arbeitstage eingeführt, indem eine zusätzliche Nachtschicht eingeführt wurde. Zudem wurden ausgewählte Sonn- und Feiertage zu Werktagen erklärt. Insgesamt wurden so 33 zusätzliche Werktage geschaffen. Im Ministerium für Öffentliche Sicherheit wurde schon im Voraus damit gerechnet, dass diese Änderungen den Widerstand der Belegschaften verursachen würde. In einer besonderen Anweisung wurde gewarnt, dass „der Klassenfeind die Arbeitsbedingungenabänderung zur Stiftung der Unruhe unter den Arbeitern und zur Verbreitung der feindlichen Propaganda sowie zum Streiken und Konflikten ausnutzen werde“.²⁸ Trotz der Vorbereitungen im Ministerium traten die Arbeiter im Industriegebiet in Massenstreiks. Im März 1951 weigerten sich die Bergleute im „Grodziec-Bergwerk“ hinauf

27 CHUMIŃSKI, Jędrzej: Wpływ socjalistycznego współzawodnictwa pracy na stosunek środowiska robotniczego do obowiązków pracowniczych 1945–1956, in: *Współzawodnictwo pracy w życiu gospodarczym, społeczno-politycznym i propagandzie PRL*, TRACZ, Bogusław (Hg.), Katowice 2008, 38–39.

28 KOCHAŃSKI, 375.

zu fahren, als Widerspruch gegen die Arbeitszeitverlängerung.²⁹ Am 3. April begann der größte Streik im Dombrauer Kohlbecken. Am Streik nahmen die Bergleute der Gruben: „Czerwona Gwardia“, „Jowisz“ und „Kazimierz – Juliusz“ teil und es protestierten sowohl Parteimitglieder, als auch Parteilose.

Nach einigen Streiktagen wies Roman Zambrowski Edward Gierek, der zum damaligen Zeitpunkt an der Zentralen Parteischule ausgebildet wurde, zu den Streikenden aus dem „Kazimierz- Juliusz- Bergwerk“ hinab zu fahren. Gierek überzeugte sie davon den Streik zu beenden. Dem Beispiel dieser Grube folgten weitere Bergwerke, obwohl ihre Forderungen nicht erfüllt wurden. Nach der Streikbeendigung wurden die Parteistrukturen in den „Czerwona-Gwardia“ – und der „Jowisz“-Grube von Gierek aufgelöst. Wider seiner Versicherungen kam es zu Festnahmen unter den Streikteilnehmern und die „Sonderkommission zur Bekämpfung der Missbräuche und wirtschaftlichen Schäden“ verurteilte die Bergwerksarbeiter zur Arbeitslagerstrafe.³⁰ Dennoch legten diese Ereignisse den Grundstein der späteren Karriere Edward Giereks im Oberschlesischen Industriegebiet und trugen nach 1956 zur Popularität des Politikers bei, der von den Schlesiern als „einer von ihnen“ angesehen wurde.

In Fällen, in denen Streiks nicht im Rahmen von Verhandlungen beigelegt werden konnten, griffen die Behörden auf Strafmaßnahmen und Streikbrecher zurück. Die Rolle der letzteren spielten in ober-schlesischen Gruben Zwangsarbeiter. Am 27. April 1951 drückte der damalige Minister für Nationalverteidigung, Marschall Konstanty Rokosowski in einem Sonderbefehl sein Lob für das 5. Arbeitsbataillon aus, das während des Streiks der zivilen Bergwerksarbeiter in der „Jowisz“-Grube, am 2. April 1951, weiter arbeitete.³¹ Seit dieser Zeit wurde die Anzahl der Arbeitssoldaten erhöht. Im Jahr 1953 bildeten sie in den Bergwerken in Zabrze bereits 12% der gesamten Belegschaft und ersetzten die allmählich freigelassenen deutschen Kriegsgefangenen.³²

In der Bewertung der Streiks in Oberschlesien und im Industriegebiet/im Oberschlesischen Industriegebiet im Jahr 1951 dominierte eine primitive stalinistische Ideologiesprache. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei stellte in seinem Brief an die Aktivisten im Kreis Będzin fest, dass der Streik von der Tätigkeit „bezahlte[r] Bourgeoisieknechte und Großgrundbesitzer“ sowie „der rechten polnischen Sozialistischen Partei-Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit“, Christdemokraten, /.../ Sanacja-Provokateuren, und auch [durch den] „amerikanischen Imperialismus“ verursacht wurde.³³ Erst die Einigung auf den 7,5-Studentag, sowie der Verzicht auf Werksonntage und auf die Arbeit von Häftlingen und Soldaten, die nach 1956 erzielt wurde, verbesserte die Lage der Bergwerkerarbeiter und die Stimmung in den Gruben.³⁴

29 CHUMIŃSKI, *Ruch...*, 382f.

30 Ebenda, 389; ROLICKI, Janusz: *Edward Gierek. Życie i narodziny legendy*, Warszawa 2002, 57f.

31 KOCHAŃSKI, 381.

32 FRUŻYŃSKI, Adam: *Zabrzeński przemysł wydobywczy i ciężki 1933–1989. Wybrane aspekty*, in: *W kręgu kultury i przemysłu. Studia z dziejów Zabrze w XX wieku*, GOŁASZ, Zbigniew (Hg.), Katowice 2015, 226.

33 CHUMIŃSKI, *Ruch...*, 389.

34 FRUŻYŃSKI, Adam: *Rybnicki Okręg Węglowy w okresie Polski Ludowej*, in: *Studia z dziejów ziemi rybnicko-wodzisławskiej w latach 1945–1989*, DZIUROK, Adam – KLOCH, Bogdan, Rybnik 2011, 388.

52	ARTICLES Ryszard KACZMAREK Kazimierz MIROSZEWSKI	Gesellschaftlicher Widerstand: die wirtschaftlichen und politischen Streiks in Polen und im ober-schlesischen Industriebezirk nach dem Zweiten Weltkrieg (1944–1970)	
----	---	---	--

Insgesamt wurden in den Jahren 1949–1952 in der Woiwodschaft Schlesien/Kattowitz 28 Streiks organisiert, darunter zehn im Jahr 1949, sechs 1950, zehn 1951 und zwei 1952.³⁵

Die Jahre 1956–1970: von Streiks zur Normalisierung

Leider sind die ökonomischen Streiks nach 1956 im Oberschlesischen Industriegebiet bisher nicht erforscht, was die Angabe der genauen Informationen zu diesem Thema verhindert. Zurzeit verfügen wir nur über einzelne Beschreibungen aus unterschiedlichen Betrieben und Ortschaften die von den Höhepunkten der gesellschaftlich-politischen Krisen berichten. Tatsächlich kann diese Zeit als Ruheperiode in der Region verstanden werden, was mit einer gesonderten Behandlung der Region im Bereich der Wirtschaft in Verbindung zu bringen ist.

Die 1956 zustande kommenden Proteste wiesen überwiegend einen politischen Charakter auf. Anhand der Streiks im Oktober 1956 in der Textilindustrie in Bielsko-Biała können diese beispielhaft geschildert werden. Während der Plenarsitzung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Oktober 1956, die Wladyslaw Gomułka zum 1. Sekretär ernannte, waren die Textilarbeiter in Bielsko zu jedem Zeitpunkt gut über die Geschehnisse in Warschau informiert. In den Betrieben in Bielsko riefen die PVAP Aktivisten zu Massenversammlungen auf, die zum Ziel hatten, das Verhältnis zu Gomułka zu klären.³⁶ Die Lage in den städtischen Betrieben war jedoch generell sehr angespannt was beinahe zur Ausrufung eines Generalstreik führte. Spontan wurden Kundgebungen und Massenversammlungen organisiert. Die Forderung waren politischen, nicht ökonomischen Charakters: es wurde gegen das in Polen eingeführte Regierungssystem protestiert, die Erlangung der Unabhängigkeit sowie die Abschiebung sowjetischen Soldaten gefordert. Das Stadtkomitee der PVAP in Bielsko-Biała leitete eine Gegenaktion ein. Das Parteiaktiv (Parteimitglieder, Volkspolizei, die Funktionäre des Amtes für Öffentliche Sicherheit) wurde mobilisiert und verhinderte weitere Initiativen. In den Betrieben in der Stadt wurden die Massenversammlungen veranstaltet, bei der „die Unruhen in der Stadt“ verurteilt wurden.

Ähnlich verlief die Krise des Jahres 1956 in ganzem Oberschlesischen Industriegebiet. Die Passivität der Behörde in Bezug auf die Arbeiter schlug schnell um. Um die selten gewordenen Streiks niederzuschlagen, griff das Ministerium des Inneren bereits am 4. September 1957 wieder nach den Einsatzmethoden der Sicherheitsdienstes. Zu diesem Zweck diente die Verordnung Nr. 00168: „im Zusammenhang mit der Aktivierung von feindlichen aufbrausenden und unverantwortlichen Elementen in den Volkswirtschaftsbetrieben und mit Versuchen der Ausnutzung von Unzufriedenheit Belegschaften“. Die Funktionäre erhielten folgende Anweisung: „im Fall des Streikausbruchs soll die Kontaktmöglichkeit der Streikorganisatoren mit den Belegschaften anderer Betriebe verhindert werden“ und es „soll der Gebrauch von Bestrafungen in Bezug auf die feindlichen Personen und Gruppierungen vorhergesehen werden“.³⁷

³⁵ Ebenda, 270.

³⁶ Archiwum Państwowe w Katowicach (Staatsarchiv Katowice), KM PZPR w Bielsku, Sign. 304/II/, 96f.

³⁷ KOCHAŃSKI, Aleksander: *Polska 1944–1991. Informator historyczny*. Bd. 2, Warszawa 2000, 59.

Die 1960er Jahre sind in der Woiwodschaft Katowice ohne Arbeiterproteste vergangen, was jedoch nicht darauf zurückschließen lässt, dass es keine gesellschaftliche Unzufriedenheit gab. Sie fand lediglich keinen Ausdruck in der Form von Streiks. Eine Teilsicherung der Lage garantierte der von Edward Gierek getragene Ausbau der Privilegien für Bergleute der sich im breiteren Sinne positiv auf die Bewohner der Region als Ganzes auswirkte. Der eigenartige „Gulaschkommunismus“ in Oberschlesien sorgte während der Krisen in Jahren 1970 und 1976 für eine gewisse Ruhe, die Bergwerk- und Hüttenarbeiter beteiligten sich an diesen Streikwellen nicht.

Epilog 1970–1980/81: die Streiks stellen eine institutionelle Opposition in Polen wieder her

Wegen der dominanten Stellung des Bergbaus in Oberschlesien, spielte die Lage der Branche eine entschiedene Rolle in der Komposition der der Volksstimmung. Die Sicherung der besonderen Arbeitsbedingungen und die ökonomischen Privilegien für die Bergwerkerarbeiter brachten in den 1960er Jahren und in der ersten Hälfte der 1970er Jahre eine gewisse Ruhe in die Betriebe und es ereigneten sich keinen weiteren Streiks.

In Branchen wie dem Bergbau und der Energetik waren die Gehälter eindeutig am höchsten: Im Vergleich zu anderen Regionen Polens betrug sie 150–190% des Durchschnittsgehaltes. In Branchen wie Transport-, Bauwesen und Staatsverwaltung verdiente Arbeitnehmer im Vergleich dazu in etwa das damalige Durchschnittsgehalt. Neben dem Gehalt genossen die Großindustriearbeiter weitere sozialen Privilegien, die für andere Gesellschaftsgruppen unerreichbar waren. Dazu zählen neben den erheblich höheren Gehältern u.a. spezielle Geschäfte, in denen ausschließlich Bergleute einkaufen konnten und privilegierte Sozialeinrichtungen (eigene Erholungsheime, eigene Krankenversorgung, eigenes Berufsschulsystem, usw.).

Als die Streiks nach den Preiserhöhungen in Jahren 1970 und 1976 ausbrachen, wurde Edward Gierek, zumindest offiziell, eine gewisse Unterstützung seitens der Arbeiter aus Oberschlesien zuteil. Am 2. Juli 1976, als Edward Gierek schon das Amt des 1. Sekretärs der PVAP bekleidete, wurde in einer neuen Multifunktionsarena in Katowice eine Unterstützungskundgebung veranstaltet, die von allen Fernseh- und Radiokanälen übertragen wurde. An der Kundgebung nahmen Arbeiterdelegationen in traditionellen Uniformen aus allen Bergwerken und Hütten der Region teil. Damals berief man sich nicht auf die Parteiparolen, sondern auf die nationale Einheit. Als der Saal die Worte „Partei! Gierek!“ zu skandieren begann, antwortete der 1. Parteisekretär „Partei! Polen!“. Für viele war das eine sichtbare Trendwende, die die PVAP wieder in Richtung des nationalistischen Kommunismus leiten würde.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre waren solche Beteuerungen nicht mehr ausreichend. Wegen der besonderen Bedeutung des Kohlexports für die Handelsbilanz wurden die Bergleute stärker ausgebeutet. Um die Abbaumengen zu steigern, wurde ihre Arbeitszeit verlängert, sie wurden zum Verzicht auf Feiertage angehalten, woran der Berufsethos und der traditionelle Lebensstil der Bergmannsfamilien zu Grunde gingen. Massenweise wurden Arbeiter aus anderen Regionen Polens herangeholt, Bergwerkwohngebiete wurden gelöscht und es wurde das Ziel verfolgt, den Alltag in Oberschlesien zu laizisieren.

54	ARTICLES Ryszard KACZMAREK Kazimierz MIROSZEWSKI	Gesellschaftlicher Widerstand: die wirtschaftlichen und politischen Streiks in Polen und im oberschlesischen Industriebezirk nach dem Zweiten Weltkrieg (1944–1970)
----	---	--

Der Auftakt zu den Veränderungen zum Schlechteren war die Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzbuches, das kein Recht auf Streik vorsah, obwohl dies von der Internationalen Arbeitsorganisation als ein Grundrecht anerkannt wurde. Einen Wendepunkt bildete jedoch unter den Arbeitern in der Oberschlesischen Industriegebiet die Arbeitszeitverlängerung, um die Kohleabbau zu steigern. Ähnlich wie im Stalinismus griff man nach dem Mittel des Arbeitswettkampfs, um langfristig den Steinkohleabbau auf 200 Mio. Tonnen pro Jahr zu steigern. Um dies sicherzustellen sollte unter anderem ein neues, Vier-Schicht-System eingeführt werden. Die Untertage beschäftigten Bergleute sollen weiterhin 7,5 Stunden täglich arbeiten, jetzt aber durchgängig (die Schichten wechselten direkt vor Ort: 3 Abbausichten und 1 Vorbereitungsschicht). Diese Form der Arbeitsorganisation wurde Ende der 1970 Jahre zusätzlich verschärft. Damals wurde das 4-Brigaden-System, also Dauerbetrieb eingeführt, was Bergbauminister Włodzimierz Lejczak am 4. Dezember 1977 offiziell verkündete. Die Bergleute arbeiteten jetzt ununterbrochen (jeden Tag 3 Brigaden in 4 Arbeitsschichten, 1 Brigade ruhte 2 Tage aus).³⁸

Das neue System stieß jedoch auf Schwierigkeiten: Die Zeit Ausfälle zu beseitigen war knapp, eine steigende Unfallrate und die reale Verlängerung der Arbeitszeit, die für den einzelnen Bergmann 36 Schichten im Monat bedeutete. Ein weiterer Faktor von großer Bedeutung hatte, war der offizielle Protest der katholischen Kirche gegen das neue Arbeitssystem. Der Katowicer Bischof Herbert Bednorz forderte, dass der Sonntag wieder als Feiertag praktiziert werden soll. Trotz dieser Proteste wurde das neue Arbeitssystem eingeführt und Kraft der Verwaltungsanordnungen funktionierte bereits 1980 in 29 von 66 Bergwerken in Oberschlesien nach dem neuen System.³⁹

Aus diesem Grund, wurden die Bergleute zum ersten Mal seit den 1950er Jahren, trotz ihrer privilegierten ökonomischen Position, zu einer der wichtigsten Stimmen der Gesellschaft während der Proteste im Jahr 1980.

Die Streikwelle, die sich 1980 in Polen ausbreitete, trug zur einer relevanten Systemschwankung bei. Die Woiwodschaft Katowice galt längere Zeit als eine Oase der Ruhe auf der Karte des protestierenden Landes. Die erste ernste Streikprobe wurde am 1. August 1980 in Tychy, in der Kunststofffabrik „Erg“ in Tychy-Bierun Stary unternommen. Damals gelang es den Behörden, die Eskalation der Proteste zu verhindern. Die immer größer werdende Spannung führte in der zweiten Augushälfte zu weiteren Aktionen. Am 21. August trat als Erste die Ausbaufabrik „Fazos“ in Tarnowskie Góry in den Streik, eine Woche später wurde bereits in anderen Betrieben in der Woiwodschaft protestiert. Ein Teil der Proteste wurde erfolgreich niedergeschlagen, aber die Streiks in den Bergwerken in Jastrzębie („Manifest Lipcowy“, „Borynia“) und in der „Katowice“-Hütte konnten nicht verhindert werden.⁴⁰ Nachdem eine Delegationen in die Manifest-Lipcowy – Grube

38 FRUŻYŃSKI, *Rybnicki...*, 406.

39 Ebenda, 406.

40 NEJA, Jarosław – KURPIERZ, Tomasz: Region Śląsko-Dąbrowski NSZZ „Solidarność“, in: NSZZ „Solidarność“ 1980–1989. Bd. 6, *Polska Południowa*, KAMIŃSKI, Łukasz – WALIGÓRA, Grzegorz (Hgg.), Warszawa 2010, 149f.

abordnet worden waren, wurde ein Überbetriebliches Streikkomitee gewählt, und am 3. September 1980, also noch vor der Danziger Vereinbarung, wurde eine Vereinbarung in Jastrzębie unterzeichnet, in der neben den 21 Forderungen aus Pommern die zusätzlichen ökonomischen Forderungen aus dem Oberschlesischen Industriegebiet gestellt wurden. Diese beinhalteten unter anderem Folgendes:

- Abschaffung der Wochenendarbeit an Samstagen und Sonntagen ab 1. Januar 1981, Lohnerhöhung in den Bergwerken,
- Erweiterung der Brancheprivilegien: der tarifvertraglich zugesicherte Bonus, den die Bergleute zu Jahresende erhielten (die sog. Bergmannkarte) sollte ab jetzt unabhängig von entschuldigter Abwesenheit bei der Arbeit ausgezahlt werden.

Die wichtigste Folge der Auguststreiks und der danach unterzeichneten Vereinbarungen war die Zustimmung der Behörde zur Gründung der freien und unabhängigen Gewerkschaften und das Zugeständnis des Rechts auf Streik. Wie sich später herausstellte, trugen die auf diese Art gegründeten Gewerkschaften zur Entstehung einer Bewegung bei, die trotz der Einführung einer Militärdiktatur im Jahre 1981 bis zum Ende der 1980er Jahre überdauern sollte und in einer neuen internationalen Realität zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit und der vollen Selbstständigkeit Polens beitrug.

Zusammenfassung

Die Streiks hatten eine unterschiedliche Bedeutung in den einzelnen Geschichtsperioden der Volksrepublik Polen. Die Geschichte der oberschlesischen Streiks (besonders in Jahren 1956–1980) unterscheidet sich im hohen Maße von der in anderen Regionen Polens (Tabelle 8).

Tabelle 8 Bedeutung der Streiks für den gesellschaftlichen Widerstand in Polen in Jahren 1944–1981

Jahre	Streikumfang	Folgen für den gesellschaftlichen Widerstand	Oberschlesisches Industriegebiet
1944–1948/49	Zahlreiche ökonomische Streiks in den Betrieben in den wichtigsten Industriebezirken	Auseinandersetzung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften und dem neuen System	Teilnahme der Mehrheit der Betriebe des OIGs
1949–1955/1956	Begrenzung des Umfangs aufgrund von Repressionen	Immer größere Machtlosigkeit der Arbeiter, der gesellschaftliche Widerstand ist zu einem persönlichen Widerstand geworden	Streiks in den Bergwerken nach Arbeitszeitveränderung
1956–1970	Gesamtpolnische Massenstreiks, gleichermaßen kurzfristig und politisch	Normalisierung während der ganzen Periode, unterbrochen durch politische und ideologische gesellschaftliche Proteste: 1956–57 politische Streiks, 1958–66 „Religionskrieg“, 1968 Protest der Akademiker	Politische Demonstrationen in den Betrieben im Oktober 1956
1970–1976	Protest und Streikwelle an der polnischen Küste im Jahre 1970	Protest an der polnischen Küste ist zu keinem gesamtpolnischen Protest geworden, sehr schnell kam es zu einer Beruhigung der Gesellschaft	Keine Streiks und Proteste

56	ARTICLES Ryszard KACZMAREK Kazimierz MIROSZEWSKI	Gesellschaftlicher Widerstand: die wirtschaftlichen und politischen Streiks in Polen und im Oberschlesischen Industriebezirk nach dem Zweiten Weltkrieg (1944–1970)	
-----------	---	--	--

Jahre	Streikumfang	Folgen für den gesellschaftlichen Widerstand	Oberschlesisches Industriegebiet
1976–1980	beschränkte sich auf wenige Streiks im Umfeld der Industrie im Jahr 1976	Protest trägt zur Herausbildung einer politischen Opposition bei	Keine Streiks und Proteste
1980–1981	Gesamtpolnische Streiks	Streiks als Zeichen einer sich selbst begrenzenden Revolution, Institutionalisierung des gesellschaftlichen Widerstands (freie Gewerkschaften-NSZZ Solidarność)	Streiks im OIG werden mit einer separaten Vereinbarung in Jastrzębie beendet

Aufteilung anhand: PACZKOWSKI, Andrzej: *Strajki, bunty, manifestacje jako „polska droga“ przez socjalizm*, Poznań 2003, 23–24.

In den 1940er Jahren und zum Anfang der 1950er Jahre nahm das Oberschlesische Industriegebiet eine zentrale Rolle in den Handlungen der Streikbewegung ein. Nach 1956, aufgrund der Herausbildung eines Sonderrechtssystems für die Schwerindustrie wurden, im Gegensatz zu anderen Regionen, für fast zwei Jahrzehnte (60er und 70er Jahre) keine Betriebe im dem Gebiet bestreikt.

Das System wird heutzutage mit Edward Gierek (zuerst der 1. Sekretär des Woiwodschaftskomitees der PVAP in Oberschlesien, später der 1. Sekretär des Zentralkomitees PVAP) assoziiert. In der Sozialpolitik schuf er eine Form des Gulaschkommunismus, ein Modell, das auch von Erich Honecker erfolgreich in DDR praktiziert wurde. Die ober-schlesische Form dessen unterschied sich von anderen Regionen Polens: aufgrund von Geldknappheit und eines Mangels an politischem Willen war es unmöglich, einen flächendeckenden „Wohlfahrtsstaat“ zu gestalten.

Die Ereignisse in Pommern bildeten einen Ausgangspunkt für Streiks in ober-schlesischen Bergwerken und Hütten, und in Folge dessen in der Mehrheit der Betriebe die mit diesen Branchen verbundenen waren. In Hinsicht auf die Bedeutung der ober-schlesischen Industrie für ganz Polen, kann festgehalten werden, dass der Erfolg von „Solidarność“ 1980 ohne die Geschehnisse in Oberschlesien kaum möglich gewesen wäre.

Referenzen

BORTLIK-DŹWIERZYŃSKA, Monika: Ochrona przemysłu, in: *Fundament systemu zniewolenia. Z działalności wojewódzkich struktur Urzędu Bezpieczeństwa w Katowicach 1945–1956*, DZIUROK, Adam – DZIUBA, Adam (Hgg.), Katowice 2009, 342–354.

CHUMIŃSKI, Jędrzej: Strajki robotnicze w Polsce (1945–1948), in: *Studia i materiały z dziejów opozycji i oporu społecznego*, Bd. 1, KAMIŃSKI, Łukasz (Hg.), Wrocław 1998, 33.

CHUMIŃSKI, Jędrzej: *Ruch zawodowy w Polsce w warunkach kształtującego się systemu totalitarnego 1944–1956*, Wrocław 1999.

DZIUBA, Adam: Województwo katowickie w Polsce Ludowej, in: *Encyklopedia Województwa Śląskiego 1 (2014)*, online: http://ibrbs.pl/mediawiki/index.php/Wojew%C3%B3dztwo_katowickie_w_Polsce_Ludowej (7. 10. 2017).

KAMIŃSKI, Łukasz: *Strajki robotnicze w Polsce w latach 1945–1948*, Wrocław 1999.

- KANTYKA, Sławomir: *Węgiel – jedyny skarb jaki był pod ręką. Zarys problemów społecznych, gospodarczych i politycznych górnictwa węgla kamiennego w Polsce (1945–1957)*, Opole 2013.
- KOCHAŃSKI, Aleksander: *Polska 1944–1991. Informator historyczny, Bd. 1: Podział administracyjny. Ważniejsze akty prawne, decyzje i enuncjacje państwowe (1944–1956)*, Warszawa 1996.
- MIROSZEWSKI, Kazimierz: Początki nowego systemu w Sosnowcu (1945–1948), in: *Sosnowiec. 100 lat dziejów miasta*, WALCZAK, Jan (Hg.), Sosnowiec 2002, 250.
- PACZKOWSKI, Andrzej: *Strajki, bunty, manifestacje jako „polska droga” przez socjalizm*, Poznań 2003.
- SPUTEK-WRÓBLEWSKA, Celina: Strajki na Górnym Śląsku i w Zagłębiu Dąbrowskim w latach 1945–1948, in: *Studia i Materiały z dziejów Śląska 19*, Wrocław 1991, 320–350.

Authors

prof. dr hab. Ryszard Kaczmarek
Wydział Nauk Społecznych, Uniwersytet Śląski w Katowicach
Faculty of Social Sciences, University of Silesia in Katowice
ul. Bankowa 11, 40-007 Katowice, Poland
ryszard.kaczmarek@us.edu.pl

dr hab. prof. UŚ Kazimierz Miroszewski
Wydział Nauk Społecznych, Uniwersytet Śląski w Katowicach
Faculty of Social Sciences, University of Silesia in Katowice
ul. Bankowa 11, 40-007 Katowice, Poland
kazimierz.miroszewski@us.edu.pl